

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 24.07.2008 um 17.45 Uhr im Großen Sitzungssaal des Landratsamtes

---

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy  
Stadtrat Günther  
Stadtrat Lorenz  
Stadtrat May (ohne Ziffern 2, 3)  
Stadtrat E. Müller  
Stadtrat M. Müller (ab 19.20 Uhr, Ziffer 1)  
Stadträtin Richter (ohne Ziffern 4, 5 u. 16)  
Stadtrat Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser (ohne Ziffer 16)  
Stadtrat Rank  
Stadträtin Schwab  
Stadtrat Stiller

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul  
Stadträtin Glos  
Stadträtin Kahnt  
Stadtrat Sycha

FW-Stadtratsfraktion:

Bürgermeisterin Regan (ab 19.30 Uhr, Ziffer 1)  
Stadträtin Wachter  
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof (ohne Ziffern 2 bis 6)  
Stadtrat Konrad  
Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm  
Stadtrat Schardt

Ortsprecher

Frau Schlötter (Sickershausen)  
Herr Pfrenzinger (Hoheim)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer  
Groß

Berichterstatter: Rechtsrätin Schmöger  
Oberamtsrat Hartner  
Frau Noormann  
Stadtplaner Neumann  
Herr Faust, Büro Sinai (Ziffer 1)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Weiglein\_  
Stadtrat Heisel  
Stadtrat Haag

### Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Anmerkungen zur Tagesordnung.

### 1. Natur in Kitzingen 2011 – Vorstellung des überarbeiteten Entwurf

A. Herr Faust vom Planungsbüro Sinai geht im Folgenden ausführlich auf den überarbeiteten Entwurf hinsichtlich des nördlichen Bereichs (Park am Bleichwasen) ein und stellt die verschiedenen Varianten in der Anordnung dar. Im Wesentlichen gehe es um die Renaturierung des Bimbachs, dem Standort des Wohnmobilstellplatzes sowie der Anordnung des Skaterbahn bzw. des Minigolfplatzes.

Darüber hinaus stellt er nochmals die Gesamtkonzeption dar und geht auf die einzelnen Bereiche ausführlich ein. Neben der Gestaltung und der Anordnung kommen auch die verwendeten Materialien zur Sprache und welche Wirkung damit erzeugt werde. Besonders stellt er dar, dass trotz der Umgestaltung des Festplatzes dieser dennoch für Festlichkeiten zur Verfügung stehe.

Im Folgenden haben die Stadträte verschiedene Fragen worauf Herr Faust jeweils eingeht.

#### B. Stellungnahme der Fraktionen und Gruppen:

##### a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt ist der Auffassung, dass durch die Kleine Landesgartenschau die Stadt Kitzingen sowie der Stadtteil Etwashausen profitiere. Stadtrat Schmidt erklärt, dass die UsW sich mehrheitlich für die Variante 2 ausspreche. Darüber hinaus bittet er im Beschluss eine Deckelung der Investitionskosten vorzunehmen.

##### b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Schwab kann sich dem südlichen Bereich sowie dem Kernbereich aussprechen, nachdem dort die Markthalle weggefallen sei. Im Park am Bleichwasen spricht sich die CSU für die Verlegung der Minigolfanlage in den Norden (in die Nähe der Wohnmobilstellplätze) und gleichzeitig für die Verlegung des Streetballfeldes in den südlichen Bereich aus, weil dadurch der Platz besser genutzt werden könnte. Hinsichtlich des Wohnmobilstellplatzes spricht sie sich für die Variante 2 (längs zum Bayernplatz) und hinsichtlich des Bimbachs für die Variante 3 (Renaturierung) aus.

##### c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Glos spricht sich für die Variante 3 aus und bittet bei der Durchführung der Maßnahme stets die Kosten im Blick zu haben. Dem Vorschlag, den Bereich Minigolf mit dem Bereich Streetball zu tauschen, kann die SPD ebenfalls zustimmen, da somit der Platz besser genutzt werden könne.

##### d) FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp ist der Auffassung, dass der Festplatz erhalten bleiben und die Markthalle nicht geschaffen werden sollte. Hinsichtlich des Wohnmobilstellplatzes

spricht sie sich für den Standort längs zu den Sportplätzen aus. Insgesamt spreche sich die FW für die Variante 3 aus.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof bemängelt, dass das ausgewählte Thema „Tradition des Gemüsebaus“ im Konzept des Büro Sinai keinerlei Beachtung findet und sich das Vorgestellte an bisherigen Gartenschauen orientiere. Seiner Auffassung nach sollte den Planern zukünftig detaillierte Vorgaben gemacht werden. Hinsichtlich des Wohnmobilstellplatzes lehne er eine Verschiebung ab. Nachdem die Wohnmobiltourismus ohnehin rückläufig sei, sollte der Platz am alten Standort belassen und während der Gartenschau geschlossen werden. Abschließend weist er darauf hin, dass das Ziel, in diesem Bereich Lebensqualität zu schaffen, nicht erreicht wurde.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt bittet um Beachtung, dass bei aller Euphorie auch die Haushaltsmittel beachtet werden. Ihrer Auffassung nach sollte man die Planung basierend auf die im Haushalt eingestellten 2,3 Mio. ausrichten und somit den nördlichen Bereich streichen, nachdem die Zuschüsse von Natur in der Stadt auf 1,6 Mio. € gedeckelt seien.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm freut sich, dass die Kleine Gartenschau im Jahr 2011 nach Kitzingen kommt und ist der Auffassung, dass die Stadt durch diese einmalige Möglichkeit einen nachhaltigen Nutzen erfahre. Hinsichtlich des Wohnmobilstellplatzes spricht er sich für die Variante längs zum den Sportplätzen aus. Ansonsten spricht er sich für die Variante 2 mit teilen der Variante 3 aus und gibt zu Bedenken, dass hierbei der Minigolfplatz aufgrund der Größe nicht umgesetzt werden könne.

C. Antrag der ödp-Stadtratsgruppe auf Nichteinbeziehung des Freizeitgeländes in das Ausstellungsgelände

**Mit 2 : 25 Stimmen**

Es besteht Einverständnis damit, dass das Freizeitgelände nicht ins Ausstellungsgelände integriert wird.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wurde.

D. Standort des Wohnmobilstellplatzes

Oberbürgermeister Müller verweist nochmals auf die verschiedenen Varianten (Standort beibehalten, im Park integriert oder am Mainufer auf Höhe der Fußballplätze) und stellt diese zur Abstimmung.

**Mit 5 : 22 Stimmen**

Es besteht Einverständnis, den Wohnmobilstellplatz an der bisherigen Stelle beizubehalten.

**Mit 1 : 26 Stimmen**

Es besteht Einverständnis, dass der Wohnmobilstellplatz an der nördlichen Fläche des Freizeitgeländes integriert wird.

**Mit 21 : 6 Stimmen**

Es besteht Einverständnis damit, dass der Wohnmobilstellplatz am Mainufer auf Höhe der Fußballplätze geschaffen wird.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Wohnmobilstellplatz am Mainufer entsteht.

E. Abstimmung über die Varianten des Freizeitgeländes

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Varianten im Freizeitgelände. Er stellt fest, dass sich bei der Beratung und Diskussion die Mehrheit für die Variante 3 ausgesprochen habe. Nachdem durch die Renaturierung des Bimbachs der Platz für die Minigolfanlage eingeschränkt sei, sollte man dem Vorschlag von der CSU folgen, und das Streetballfeld mit dem Minigolfplatz tauschen.

**Mit 23 : 5 Stimmen**

Im Bereich des Freizeitentrums wird die Variante 3 umgesetzt. Die Felder Streetballanlage und Minigolf sind dabei zu tauschen.

F. Holzsteeg am Uferbereich

**Mit 24 : 4 Stimmen**

Mit dem geplanten Holzsteeg am Uferbereich besteht Einverständnis.

G. Gräserlabyrinth im Bereich der Mondseeinsel

**Mit 17 : 11 Stimmen**

Mit der Errichtung des Gräserlabyrinths auf der Mondseeinsel besteht Einverständnis.

H. Kernbereich

**Mit 24 : 4 Stimmen**

Es besteht Einverständnis, den Kernbereich wie vorgeschlagen umzusetzen.

I. Südbereich

**Mit 26 : 2 Stimmen**

Es besteht Einverständnis, den südlichen Bereich wie vorgeschlagen umzusetzen.

J. Gesamtkosten

**Mit 23 : 5 Stimmen**

Als Obergrenze der Investitionskosten werden 4,7 Mio. € festgelegt.

**Oberbürgermeister Müller unterbricht die öffentliche Sitzung von 19.45 Uhr bis 19.55 Uhr.**

2. Abrechnung der Teil-Budgets des Sachaufwands der Schulen in städtischer Sachaufwandsträgerschaft für das Haushaltsjahr 2007

**Mit 26 : 0 Stimmen**

Die entstandenen Fehlbeträge bzw. 70 % der nicht verbrauchten Mittel aus den Budgets 2007 für den schulischen Sachaufwand werden auf das Haushaltsjahr 2008 übertragen. Die zu übertragenden Mittel werden im Verwaltungshaushalt 2008 bei folgenden Haushaltsstellen berücksichtigt:

1) HSt. 0.2111.5273	Schulausstattung Instandhaltung	+	263,00 €
2) HSt. 0.2112.5273	Schulausstattung Instandhaltung	+	1.324,00 €
3) HSt. 0.2121.5273	Schulausstattung Instandhaltung	+	4.931,00 €
4) HSt. 0.2122.5273	Schulausstattung Instandhaltung	+	450,00 €
5) HSt. 0.2431.5273	Schulausstattung Instandhaltung	-	298,00 €

3. Budgetübertrag 2007:  
UA 7901 – Tourist-Information

**Ohne Abstimmung**

Der negative Budgetübertrag in Höhe von 6.496,00 € wird zur Kenntnis genommen.

4. Einrichtung von Krippenplätzen in Kitzingen, Grundsatzbeschluss

**Mit 26 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen stellt hiermit den Bedarf an 84 Krippenplätzen fest, wobei 14 Plätze bereits bestehen (BRK-Krippengruppe), 42 Plätze durch Umwandlung von bestehenden Kindergartenplätzen entstehen und 28 Plätze neu geschaffen werden.
3. Für die Neuschaffung und Umwandlung von insgesamt **70 Plätzen** wird die staatliche Förderung von Investitionen im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008 – 2013 beantragt.

Die Antragsunterlagen werden vom Amt 2 in Zusammenarbeit mit den Betriebs-trägern erstellt.

4. Die Stadt Kitzingen ist bereit, die Finanzierung der Maßnahmen gemäß des Investitionsprogramms zu übernehmen. Die genaue Kostenteilung mit den Trägern ist noch zu klären.

5. Städtepartnerschaftsangelegenheiten:  
hier: künftige Beziehungen zur polnischen Stadt Trebnitz (Trzebnica)

**Mit 26 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, bei seinem Besuch im September 2008 in Trebnitz eine schriftliche Erklärung über die Bereitschaft der Stadt Kitzingen zur Begründung einer Städtepartnerschaft abzugeben.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die vorliegenden Erklärungen und Vertragsentwürfe zu prüfen und in Abstimmung mit den in Trebnitz Verantwortlichen zur Unterschriftsreife zu bringen
4. Die offizielle Begründung der Städtepartnerschaft mit Trebnitz soll im Jahr 2009 erfolgen.

6. Kooperationsvereinbarung zur Fortführung der PAM-Ausstellungen für die Jahre 2009 – 2011

- A. Oberbürgermeister Müller fragt nach, ob der Beschluss des Finanzausschusses zum Stadtratsbeschluss erhoben werden könne.  
Stadtrat Rank ist der Auffassung, den Punkt 3.3 (Option auf Verlängerung der Vereinbarung) zu streichen, nicht dass bei Versäumen der Frist der Vertrag über das Jahr 2011 weiterläuft.  
Oberbürgermeister Müller erklärt, dass ein Versäumen aufgrund der Wiedervorlage nicht vorkommen und man rechtzeitig vorher über das Greifen der Option beraten werde.  
Stadtrat Rank bittet dennoch zunächst über diesen Punkt abzustimmen.

**B. Mit 11 : 15 Stimmen**

Es besteht Einverständnis damit, dass die Option laut 3.3 im Vereinbarungsentwurf gestrichen werde.

- C. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass diese Passage enthalten bleibe und bitte um Abstimmung des Beschlussentwurfs.

**D. Mit 26 : 1 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Mit der vorgelegten Kooperationsvereinbarung zur Durchführung von Sommerausstellungen der PAM in den Jahren 2009 – 2011 besteht Einverständnis, ebenso mit den Ausstellungsthemen für diese Jahre.

- E. Stadtrat Rank gibt zu Protokoll, dass er aufgrund der Option in 3.3 dagegen gestimmt habe.

7. Kunsträume Bayern 2008:  
hier: "Flow Job", Beschluss

**Mit 26 : 2 Stimmen**

Für die Durchführung des bereits vom Kulturausschusses beschlossenen Projekts „Flow Job“ vom 06. – 16.08.2008 werden 12.000 € außerplanmäßig bereitgestellt.

8. Antrag der Fraktion 'Kommunale Initiative Kitzingen' (KIK) zur Errichtung einer Freizeitanlage im Sickergrund

**Mit 28 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat nimmt den Antrag der Fraktion 'Kommunale Initiative Kitzingen' (KIK) zur Errichtung einer Freizeitanlage im Sickergrund zur Kenntnis.
3. Der Stadtrat empfiehlt den vorgelegten Antrag als Diskussionsgrundlage für die weitere Entwicklung des Bereiches Sickergrund, vor allem im Zusammenhang mit dem Programm Soziale Stadt des Stadtteiles Siedlung.

9. Bündnispartnerschaft im "Lokalen Bündnis für Familie Kitzinger Land":  
Hier: Antrag der Freie Wähler - FBW Kitzingen

**Mit 28 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Dem Antrag der Freie Wähler – FBW Kitzingen, die Stadt möge bereits zum Start des „Lokalen Bündnis für Familie Kitzinger Land“ Bündnispartner werden, wird zugestimmt.

10. Erstellung eines Energiekonzeptes für die Stadt Kitzingen;  
hier: KIK-Antrag vom 04.06.2008

**Mit 28 : 0 Stimmen**

1. Dem Antrag der KIK-Fraktion, einen Vertreter eines Energie-Technologischen Zentrums einzuladen, um den Stadtrat in einer Sondersitzung über alle Optionen umfassend zu informieren, wird zugestimmt.
2. Es besteht Einverständnis, den Geschäftsführer der Energieagentur Oberfranken, Herrn Wolfgang Böhm, für die Sondersitzung des Stadtrates am 21.10.2008 von 17:00 bis 20:00 Uhr als Referenten einzuladen.

11. Anträge der USW und Pro KT  
Photovoltaikanlagen

**Mit 28 : 0 Stimmen**

1. Von o. g. Anträgen und dem Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen investiert verstärkt in neue Techniken und baut Photovoltaikanlagen auf stadteigene Gebäude.
3. Es werden auf nachfolgend aufgeführte Gebäude Photovoltaikanlagen errichtet.

Bauhof

4. An o. g. Gebäuden wird die Tragfähigkeit des Daches überprüft und die Photovoltaikanlage projektiert.
  5. Die erforderlichen Mittel werden außerplanmäßig im Haushalt 2008 bereitgestellt.
12. Antrag des Kath. Pfarramtes St. Johannes auf Gewährung eines Zuschusses zur Renovierung des Kath. Pfarrhauses "St. Johannes der Täufer" in Kitzingen

**Mit 27 : 1 Stimmen**

Dem Kath. Pfarramt St. Johannes wird aus Konsequenzgründen für die Renovierung des Kath. Pfarrhauses "St. Johannes der Täufer" kein Zuschuss gewährt.

13. Information zum Antrag auf Bauvorbescheid zur Errichtung zweier Fachmärkte und eines Bistros im Bereich Marktbreiter Straße 9 (Antragsteller: Fa. allobjekt Gewerbeimmobilien GmbH & Co KG, Würzburg)

A. Oberbürgermeister Müller geht kurz auf den Sachverhalt ein und stellt dar, dass der Antrag auf Vorbescheidung zur Errichtung zweier Fachmärkte und eines Bistros im Bereich der Marktbreiter Straße aus planungsrechtlicher Hinsicht stattgegeben werden müsste. Nachdem aufgrund einer Stellungnahme der GMA mit negativen Auswirkungen für die Innenstadt zu rechnen sei, spreche sich die Verwaltung für ein Vorgehen dahingehend aus, dass der Bebauungsplan geändert (Ziffer 14) und einen Veränderungssperre (Ziffer 15) über diesen Bereich gelegt werde. Er stellt dar, dass im Zusammenhang mit der Änderung des Bebauungsplans das Zentrenkonzept überarbeitet werden müsste, nachdem es nicht mehr zeitgemäß sei und verweist auf ein Schreiben der Regierung von Unterfranken, wonach die Zuschüsse nach Stadumbau-West in Gefahr wären, falls das Zentrenkonzept nicht fortgeschrieben werden würde.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über den Antrag und nehmen zu ihrem Pro und Contra jeweils kurz Stellung.

Oberbürgermeister Müller bittet die Information zur Kenntnis zu nehmen und um Beschlussfassung der Veränderungssperre und der Einleitung des Änderungsverfahrens.

**B. Ohne Abstimmung**

1. Der Stadtrat nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis.
  2. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass nach erfolgter Vorprüfung laut planungsrechtlicher Lage eine positive Bescheidung des Antrages erfolgen müsste.
  3. Der Stadtrat nimmt die Stellungnahme der Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung (GMA) zum beantragten Vorhaben zur Kenntnis.
14. Einleitung eines Änderungsverfahrens für den Bebauungsplan Nr. 53 "Marktbreiter Straße"

**Mit 19 : 9 Stimmen**

1. Der Stadtrat nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis.



2. Der Stadtrat beschließt die Einleitung eines Änderungsverfahrens für den Bebauungsplan Nr. 53 „Marktbreiter Straße“. Ziel der Änderung ist die Bestimmung zulässiger Nutzungen nach Baunutzungsverordnung (BauNVO) und die Festsetzung von Sortimentsbeschränkungen.
  3. Die Einleitung des Änderungsverfahrens ist nach § 2 Abs.1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
  4. Das Zentrenkonzept ist im Stadtentwicklungsbeirat zu beraten.
15. Erlass einer Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 53 "Marktbreiter Straße"

**Mit 18 : 8 Stimmen**

1. Der Stadtrat nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis.
  2. Zur Sicherung der Planung durch das Änderungsverfahren für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 53 „Marktbreiter Straße“ erlässt der Stadtrat eine Veränderungssperre für dessen Geltungsbereich gemäß der §§ 14, 15, 16 und 17 Baugesetzbuch (BauGB).
  3. Der Erlass der Veränderungssperre ist gemäß § 16 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
- 16: BGV-Nr. 48/08  
Antrag auf Bauvorbescheid zur Errichtung zweier Fachmärkte und eines Bistros im Bereich Marktbreiter Straße 9 (Antragsteller: Fa. allobjekt Gewerbeimmobilien GmbH & Co KG, Würzburg)

**Mit 15 : 11 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
  2. Aufgrund der beantragten vorgesehenen zentrenrelevanten Sortimente und den damit verbundenen negativen Auswirkungen auf die Innenstadtentwicklung ist das Vorhaben auf Grundlage von § 3 Abs. 1 Nr. a) der Veränderungssperre abzulehnen. Eine Ausnahme i.S. des § 3 Abs. 2 der Veränderungssperre kann nicht ausgesprochen werden, da dieser überwiegende öffentliche Interessen entgegenstehen.
17. St.-Hedwig-Schule in Kitzingen  
Neugestaltung des Pausenhofes

**Mit 28 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Pausenhof der St.-Hedwig-Schule wird gemäß des Planungsvorschlages der Schulleitung und des Elternbeirates durch den Bauhof und die Stadtgärtnerei neu gestaltet.

3. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 85.000,00 € werden im Haushalt 2008 außerplanmäßig bereitgestellt.

18. Antrag der Fraktionen FW, KIK und USW zum weiteren Vorgehen bezüglich des Deustergeländes

**Mit 26 : 2 Stimmen**

1. Der Stadtrat nimmt den Antrag der Fraktionen FW, KIK und USW zum weiteren Vorgehen bezüglich des Deustergeländes zur Kenntnis.
2. Der Stadtrat empfiehlt den vorgelegten Antrag zur Weiterbehandlung im Stadtentwicklungsbeirat.

19. Benennung der Mitglieder des Ferienausschusses

		Mitglied	Vertreter
UsW	1.Hälfte	Stadtrat E. Müller Stadtrat May	Stadtrat Lorenz Stadtrat M. Müller
	2. Hälfte	Stadtrat Schmidt Stadtrat E. Müller	Stadtrat Lorenz Stadtrat M. Müller
CSU:		Stadträtin Stocker Stadtrat Stiller	Stadtrat Weiglein Stadträtin Schwab
SPD:		Stadträtin Glos	Stadträtin Kahnt
FW		Stadträtin Wallrapp	Stadträtin Wachter bis 16.08.2008 Stadtrat Haag ab 16.08.2008
KIK		2. Bgm. Christof	Stadtrat Popp
Pro KT		Stadtrat Schardt	Stadtrat Böhm

**Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21.30 Uhr.**

Oberbürgermeister

Protokollführer